

BAGFW-Politikforum

Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2016

am 22. November 2016 im Umweltforum Berlin

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich darf zur der Frage sprechen: Wie Integration gelingen kann.

Dazu gibt es zwei einfache Antworten.

Die erste: Integration gelingt, wenn alle es wollen. Das ist sicherlich wahr aber entschieden zu einfach.

Eine zweite Antwort: Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben am 8. Dezember 2015 ihre ‚Aktuelle Standortbestimmung zu den Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten‘ vorgelegt. Es hat acht Kapitel (Erstaufnahme, Kinder- und Jugendhilfe und Schule, Ausbildung und Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Zusammenleben in Deutschland, bürgerschaftliches Engagement, Beratungsstrukturen). Ich habe mir die mehr als 60 Vorschläge zu diesen acht Kapiteln nochmal durchgelesen. Vieles davon wurde in unseren Arbeitszusammenhängen mit dem Kanzleramt und den beteiligten Bundes- und Landesministerien aufgegriffen, manches ist noch in der Diskussion, manches nicht. Wenn diese sehr konkreten Vorschläge umgesetzt würden – auch dann kann Integration gelingen. Aber natürlich ist es naiv anzunehmen, die Bundesregierung könnte und würde die Vorschläge der Freien Wohlfahrtspflege 1 : 1 als Drehbuch für ihre Handeln und Unterlassen nehmen. Dazu sind zu viele andere legitime Perspektiven und Interessen im Spiel. Also: auch diese Antwort hat Charme, aber sie ist zu einfach.

Also stellen wir uns der Realität:

Deutschland stand 2015 vor einer nicht selbst gewählten Bewährungsprobe, und das Land hat sie bestanden. Mehr als 1 Mio. Menschen kamen als Geflüchtete. Mehr als eine Millionen Menschen wurden aufgenommen, versorgt und untergebracht. Es gab Bilder, wie ich sie mir in ihrer sozialen Dramatik in Deutschland nicht mehr hatte vorstellen können. Aber es zeigten sich auch unzählige Situationen und Bilder von massenhafter und nachhaltiger Hilfsbereitschaft, getragen von Respekt, Empathie,

Nachsicht, Improvisation und Kreativität. „Refugees welcome“ wurde kurzfristig zum Inbegriff einer Willkommenskultur. Das war das helle Deutschland – mit einer großen Anzahl von Migrantinnen und Migranten im ehrenamtlichen Einsatz. Die Zivilgesellschaft hat die Herausforderung aber nicht nur in ihrer organisierten Form der Wohlfahrtspflege angenommen, sondern – und das ist vielleicht noch wichtiger – auch in Form hunderttausendfachen ehrenamtlichen Engagements. Das waren und sind nicht nur Woldecken, geschmierte Brötchen, Tee und Wasserflaschen an Bahnhöfen und Brennpunkten, sondern das waren und sind auch die vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger, die täglich in die Not- und Erstaufnahmestellen kommen, um dort die tonnenweise gespendete Kleidung, Windeln und alles Mögliche zu sortieren und zu verteilen, erste Schritte in der neuen deutschen Sprache zu ermöglichen, Flüchtlinge als Lotsen in die neue Umwelt zu begleiten, Flüchtlinge bei sich zuhause zu bewirten oder aufzunehmen, und überall dort zu helfen, wo es Not tut. Die Organisationen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege spielen dabei neben den Kirchengemeinden und Moscheevereinen eine zentrale Rolle. Daneben gab und gibt aber auch es ungezählte Individuen und spontan, v.a. über facebook & Co organisierte Helferkreise von oft beeindruckender Kraft und Nachhaltigkeit. Wir sehen das nicht als Konkurrenz, sondern als sehr erfreuliche Bestätigung unserer Sicht auf die Potenziale der Gesellschaft.

Trotz LaGeSo, trotz Silvesternacht und trotz der Gewaltakte gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte darf man sagen, dass die Bewältigung dieser gewaltigen Herausforderung in gutem Zusammenwirken von Kommunen, bürgerschaftlichem Ehrenamt und auch den Sicherheitsbehörden ein wirklich außergewöhnliches Beispiel für die hohe Bedeutung und das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, für die Vitalität der Zivilgesellschaft war, ist und bleibt.

Dass es sich auch weiter so entwickelt, trotz aller sicher zu erwartenden Probleme, dafür treten wir als Freie Wohlfahrtspflege ein, als zentral herausgeforderter, organisierter Teil der Zivilgesellschaft, als Zusammenschluss der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit ihren über 1,5 Millionen haupt- und ca. 3 Millionen ehrenamtlich Arbeitenden, die mehr als 100.000 Angebote und Programme betreiben.

Die erste Bewährungsprobe, das war die Notaufnahme und die Erstunterbringung.

Die zweite Bewährungsprobe – das ist die Integration. An deren Bewältigung arbeiten wir. Auch diese – das wird uns täglich - leider manchmal auch etwas schulterklopfend - bestätigt – wird ebenfalls nur im Zusammenwirken des Staates und all seiner Ausformungen mit der Zivilgesellschaft und zunehmend auch der Unternehmen zu bewältigen sein. Notwendig ist dafür eine gemeinsame Definition der Aufgabe. Was ist das – Integration? Auf der Grundlage unseres gemeinsamen Wertehorizonts verstehen wir darunter immer „gleichberechtigte Teilhabe“. In diesem Sinne ist der Begriff auch operationalisierbar: Wie sieht es für die verschiedenen

Gruppen aus mit der gleichberechtigten Teilhabe etwa bei der Wohnungssuche, bei der kulturellen Entfaltung, bei Sozialleistungen, im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt? Was muss getan werden, um diese zu erreichen?

Aber Integration wird vielfach auch ganz anders verstanden, nämlich als Assimilation. Dann heißt es: ‚Integration hat eine und nur eine Richtung. Wer bei uns bleibt, muss sich integrieren, diejenigen, die zu uns kommen, müssen sich anpassen. Integration kann nicht heißen, dass wir uns anpassen.‘ Das ist nicht unser Verständnis von Integration. Zur Integration als Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe, mit dem bei lebenskluger Anwendung immer richtigen Ansatz des Förderns und Forderns, gehört nach unseren Vorstellungen hingegen, offen zu sein für die Erfahrungen, Lebensentwürfe, Wünsche und Bedarfe und auch das Anderssein der neu Zugewanderten. Und es gehört dazu, die Frage, ob und wie diese umgesetzt werden können, mit den Geflüchteten gemeinsam auszuhandeln.

Diese Haltung wollen wir auch in der jetzigen Phase beibehalten, bei der es darum geht, dass die Flüchtlinge hier schnell eigenständig leben können, also in der Beratung und Begleitung, dem Kontakt zu Einheimischen, bei Sprachkursen, Landeskunde, Wohnungsbeschaffung, Einstieg in Bildung und Ausbildung und der Integration in den Arbeitsmarkt. Diese Haltung ist keine Rechthaberei, sondern Ergebnis unserer vieltausendfach praxisgestützten Überzeugung, dass auf diesem Wege individuell, sozial und auch ökonomisch die besten und nachhaltigsten Erfolge zu erzielen sind. Dazu braucht es – neben politischer und wirtschaftlicher Stabilität – sowohl flüchtlingspolitisch geeignete Rahmenbedingungen als auch eine neuen Qualität der zivilgesellschaftlichen Arbeit, und auch neuer Impulse für das Ehrenamt.

In der täglichen Praxis geht es bei uns neben dem Integrationshindernis Nr. 1 – der Sprache – überwiegend und immer mehr um individuelle Arbeit mit individuellen Flüchtlingen, es geht um Begleitung zu Ämtern und Ärztinnen, um Ermöglichung von und Zugang zu Kultur und die Bildung von persönlichen sozialen Netzen. Es gibt nach wie vor ungezählt viele, aber sicher hunderttausende Ehrenamtliche und Helferkreise, die hier unterwegs sind. Gemeinsam mit dem Software-Konzern SAP hat z.B. der Paritätische einen zertifizierten Online-Kurs lanciert, mit dem Deutschsprachige ohne pädagogische Ausbildung in den Stand gesetzt werden sollen, Flüchtlingen den Weg in die Sprache zu weisen. Bislang haben wir über 7000 Absolventen. Im Oktober hat die BAGFW auf ihrer Konferenz ‚So machen wir das‘ erfolgreiche Projekte mit starker ehrenamtlicher Beteiligung aus allen Feldern der sozialen Arbeit vorgestellt. Sie wurden – wie insgesamt 330 Projekte in 250 Orten - von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung im Rahmen des Programms ‚Ehrenamt braucht Hauptamt‘ gefördert. Die Konferenz war eine eindrucksvolle Leistungsschau von bürgerschaftlicher Selbstgestaltung, von Empathie, Improvisation und sozialer Innovation – ein großes Potenzial. Das kann weder der Staat noch der Markt. Und: Hauptamt braucht Ehrenamt.

Die Aufgabe der Wohlfahrtspflege fängt damit an, die Ehrenamtlichen ihren Interessen und Fertigkeiten entsprechend zu koordinieren, machbare Einsatzpläne zu erarbeiten, die Umsetzung ihrer eigenen Ideen möglich zu machen und sie auch qualifiziert bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Lernfelder dabei sind: interkulturelle Kommunikation, Grundzüge des Asylrechts, Umgang mit traumatisierten Menschen, Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Flüchtlinge werden dabei so weit wie möglich in die Arbeit einbezogen – denn Flüchtlinge sind keine passive Verwaltungsmasse, sondern das sind lebendige Menschen, die was tun wollen, die eine Aufgabe und auch Herausforderungen brauchen – und auf diesem Wege auch oft erste Ansätze zur psychischen Bewältigung ihrer oft erschreckend brutalen Fluchterfahrungen finden können.

Die Projekte berichten von vielen, vielen positiven Erfahrungen und dokumentierten Erfolgen, aber natürlich berichten sie auch von Erlebnissen des Scheiterns und der Enttäuschung. Das kann gar nicht anders sein, denn diese Projekte und die sie tragenden Menschen arbeiten auf keinem leichten Feld, sie haben vielerlei Frustrationen zu ertragen und müssen deshalb bei deren Bewältigung so weit wie möglich unterstützt werden. Das ist deshalb auch dringend, weil das ehrenamtliche Engagement derzeit zumindest nicht mehr zunimmt und deshalb der Stabilisierung bedarf – in vereinter Anstrengung von Zivilgesellschaft und Staat

Einige Beispiele zu den Frustrationen im Ehrenamt, bei deren Bewältigung wir auch auf die Unterstützung durch die Politik hoffen:

330 Projekte in 250 Orten, das klingt zunächst mal viel. Und es passiert ja auch noch viel mehr, genannt seien beispielhaft nur die Sportangebote des DOSB und den Vereinen, einem anderen zentralen Pfeiler der Zivilgesellschaft. Aber trotzdem: die Ehrenamtlichen erleben täglich, dass sie mit ihrer Arbeit immer nur einen winzigen Bruchteil derer erreichen, für die diese Art von Unterstützung einen oft gar nicht anders zu bewirkenden Eingang in die Integration darstellen. Sie erleben, dass so viele mehr individuell unterstützt werden müssten. Wir brauchen – um es kurz zu machen – mehr und nachhaltige solche Programme.

Die Ehrenamtlichen erleben auch zunehmend häufig, dass ihr Engagement für Geflüchtete in ihrer sozialen Umgebung begründungspflichtig wird, wenn es nicht sogar offen abgelehnt und diffamiert wird. Asylbewerber führen in Deutschland bekanntlich die Ziel-Skala der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an - noch vor den Muslimen und den Langzeitarbeitslosen. Viele Projekte politisieren sich dabei: sie sehen ihr Engagement nicht nur als Hilfe für Geflüchtete, sondern auch als ihr Statement gegen rechts und IS-Terror. Auch hier gibt es keine schnellen und einfachen Lösungen, aber die Notwendigkeit beständiger Aufklärung – und die klare Kante gegen Hetze und Gewalt.

Bedrückend ist auch nach wie vor die Erfahrung mit der Langwierigkeit der Prozesse und Prozeduren. Hier haben BAMF und BA im letzten Jahr sicherlich mächtig

zugelegt, aber es warten eben immer noch hunderttausende, die 2015 Asyl beantragt haben auf ihren Bescheid. In dieser Wartezeit sind sie von staatlichen Integrationsleistungen, Sprachkursen, Aus-, Fort- und Weiterbildung, dem Arbeitsmarkt, eigener Wohnung weitestgehend ausgeschlossen. Wegen des Sachleistungsprinzips können sie oft nicht einmal ihre Unterkunft und Verpflegung selbst organisieren. Man muss nicht Sozialpsychologie studiert haben, um zu wissen, dass mit jedem so verbrachten Monat die Voraussetzungen gelingender Integration schwinden und sich die Wahrscheinlichkeit unerwünschter Haltungen und Handlungen erhöht. Das kann auch die Zivilgesellschaft weder qualitativ noch quantitativ kompensieren. Hier bedarf es aus meiner Sicht staatlicher Nachsteuerung.

Projekte und Helferkreise berichten, dass sie und ihre Klientinnen häufig von den juristischen und administrativen Aspekten überfordert sind. Oft wird dann juristischer Rat gesucht und leider nicht immer der beste gefunden. Was fehlt, ist eine flächendeckende und barrierefrei zugängliche unabhängige Verfahrensberatung. Unabhängige Verfahrensberatung schafft Transparenz und ist vertrauensbildend. Letztlich wirkt sie – entgegen immer noch virulenten Vorurteilen – pazifizierend und fördert die Integration. Um das herauszufinden, brauchen wir keine neuen Modellversuche, sondern die staatliche Unterstützung bundesweit zugänglicher, zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Hinzu kommt die v. a. mit dem Integrationsgesetz eingeführte Scheidung zwischen Menschen mit oder ohne gute Bleibeperspektive. Aus Sicht der Administration mag diese Scheidung einleuchten, aus Sicht der Betroffenen – und das sind nun mal die Klienten unserer Arbeit - ist sie es nicht. Es wird nicht verstanden und als ungerecht empfunden, wenn nach abstrakten Prozentzahlen wie Brutto- oder Netto-Anerkennungsquote und ganz ohne Berücksichtigung des individuellen Schicksals Menschen z. B. aus Syrien schneller - und häufiger auch einen positiven - Bescheid erhalten als Menschen aus Afghanistan, und damit auch Zugang zu Integrationskursen, zum Arbeitsmarkt und zu einem selbständigen Leben. Unter den Syrern wiederum wird nicht verstanden, wieso die Chancen auf Anerkennung als Flüchtling je nach Ankunftsdatum von Monat zu Monat sinken und mittlerweile mehr als zwei Drittel nur subsidiären Schutz erhält, Anfang des Jahres 2016 lag diese Quote noch bei ca. 1%. Wir wissen aber doch alle, dass ein sehr großer Teil der Geduldeten – zum Beispiel aus Afghanistan – aus unabweisbaren humanitären längere Zeit bei uns bleiben wird. In der Vergangenheit war es unterm Strich mehr als die Hälfte der ursprünglich nur Geduldeten. Sie müssen dann irgendwann doch, allerdings nach oft jahrelangem passivierendem Warten und mit großem Startnachteil mit ihrer je individuellen Integration beginnen.

Die große Lösung wäre gewesen, jedem Asylbewerber drei Monate ab Ankunftsnachweis Zugang zu Integrationskursen und Arbeitsmarkt zu geben und dabei deutlich, dokumentiert und wiederholt klarzustellen, dass damit eben keine

Garantie aufs Bleibendürfen verbunden ist. Die große Lösung wäre auch der ungehinderte Familiennachzug gewesen; denn für einen sehr großen Teil der Geflüchteten ist die Kernfamilie das primäre Bezugssystem und ihre Anwesenheit Voraussetzung für Integration. Dies alles hat der Gesetzgeber mit dem ‚Integrationsgesetz‘ anders entschieden. Um aber die größten unerwünschten und gewiss auch nicht intendierten Wirkungen dieser Regelung abzumildern, wäre die schnelle und bundesweite Einführung von Orientierungskursen, also Integrationskursen light, notwendig, verbunden mit einem erheblichen Ausbau an kulturellen, sportlichen und gemeinwesen-orientierten Aktivierungsangeboten und Sprachkursen. Das ist wirklich dringend.

Das war jetzt ziemlich viel kritischer Stoff. Dafür bitte ich um Nachsicht, aber mein Thema ist: Wie Integration gelingen kann. Und da musste ich einige der aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege dringlichen Hindernisse des Gelingens benennen. Dahinter steht aber unsere von Erfahrung getragene Überzeugung, dass Integration gelingen kann, unser Wille, dazu unseren Beitrag zu leisten, die motivierende Tatsache, dass auf diesem Wege viele richtige und wichtige Schritte schon gegangen sind und die Erinnerung daran, wie viele Herausforderungen, darunter auch etliche Immigrations- und Fluchtwellen in Deutschland schon letztlich erfolgreich bewältigt worden sind.

Die Bundeskanzlerin hat dem gewählten USA-Präsidenten ihre Zusammenarbeit auf der Basis unserer Werte Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht sowie der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung angeboten. Für dieses Statement hat sie - ich finde: zu Recht - in Deutschland und weltweit sehr viel Anerkennung und Unterstützung erfahren. Es kann sein, dass es in naher Zukunft schwieriger wird, diese Werte politisch zu leben. Angesichts der weltweit bedrohlich wirkenden Entwicklungen nach rechts sind die meisten Demokraten da in Sorge. Aber bei aller Ungewissheit bleibt gewiss: Wer sich auf diese Werte als Grundlage politischer Entscheidungen beruft, muss sie auch leben. Das Gelingen der Integration ist eine Nagelprobe darauf und ein Zeichen der Überlegenheit unserer Werte und unserer Weltsicht.